



SP60+ DES KANTONS FREIBURG

CLICK! –
Mitglied
werden

AKTUELL

links – lustvoll – engagiert -

Redaktion: Heinz Gilomen

März 2017

Einladung



Kanton Freiburg – Für Alle statt für Wenige!

Donnerstag, 23. März 2017, 17.00 Uhr

Restaurant Maison de Ville, Route principale, 1633 Vuippens

Pierre Mauron, Chef der SP Fraktion des Grossen Rates, diskutiert mit uns die **Prioritäten und Strategien** für die laufende Legislaturperiode.

Die SP ist die stärkste Fraktion im Grossen Rat. Die bürgerliche Rechte hat allerdings immer noch die Mehrheit. Wo setzt die SP ihre Schwerpunkte? Bei den Steuer- und Finanzfragen? Bei der Bekämpfung der Armut? Beim Ausbau der Infrastruktur? Oder bei der Integration von Migrantinnen und Migranten? Welche Strategien wird die Fraktion einschlagen, um zusammen mit der Partei den Kanton Freiburg lebenswert für Alle zu machen – nicht nur für Wenige?

SP 60+ Schweiz: Mitgliederkonferenz am 6. Mai 2017 in Bern:

Eine Wirtschaft im Dienste der Gesellschaft!



Wir wollen eine Wirtschaft, die für Alle da ist. Denn wir Alle sind die Wirtschaft! Wir wollen eine Wirtschaft, die Allen ein würdiges selbstbestimmtes Leben erlaubt, eine Wirtschaft, bei der nicht die Superreichen immer noch reicher werden, und die Anderen Mühe haben, ihre Mieten und Krankenkassenprämien zu bezahlen.

Wie sieht eine solche Wirtschaft der Zukunft aus? Wie ist der Weg dahin? Welche Rolle spielt die Finanz- und Steuerpolitik? Können wir den Kapitalismus mit mehr Demokratie in der Wirtschaft überwinden? Diese und ähnliche Fragen stehen im Zentrum der Konferenz.

Kommt zahlreich nach Bern und diskutiert mit!

Rente mit 67? Nein danke!!!



Im eidgenössischen Parlament wird immer noch um die Gestaltung der Vorsorge 2020 gerungen. Durch die vorgesehene Senkung des Umwandlungssatzes bei der 2. Säule werden die künftigen Renten der Pensionskassen massiv reduziert. Zur Kompensation sieht der Ständerat für Neu-RentnerInnen einen AHV-Zuschlag von Fr. 70.- vor. Der Nationalrat will die Rentensenkung durch höhere Beiträge in die Pensionskassen auffangen. Gerade tiefere Einkommen haben dann Ende Monat massiv weniger im Portemonnaie. Zudem will er das Rentenalter auf 67 Jahr hinaufsetzen

Das Modell Ständerat ist völlig inakzeptabel!



Armut bekämpfen – nicht die Armen!

Gegenwärtig wird im Ständerat die **Reform der Ergänzungsleistungen** beraten. Diese wurden ursprünglich eingeführt, um insbesondere die Altersarmut zu bekämpfen und damit den Verfassungsauftrag zu erfüllen. Bei der gegenwärtigen Diskussion geht es allerdings nicht mehr um die Menschen, die in schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen leben, sondern nur noch um Finanzen. Die Frage ist, wie man trotz der voraussichtlich zunehmenden Zahl an EL-Bezüglern den Kostenanstieg bremsen könnte. Die bundesrätlichen Vorschläge sind denn auch ein Katalog der Schlechterstellung. Einmal mehr geht es der rechts-bürgerlichen Mehrheit darum, **ein Kässeli auf dem Rücken der Schwächsten** dieser Gesellschaft zu sanieren. Wohl, um genügend Spielraum für die nächste Runde der Unternehmenssteuer-Reform zu haben.

Kurz, die Vorlage ist in dieser Form nicht akzeptabel!



Gekaufte Demokratie?

Die Schweiz ist das einzige Land Europas, das die Finanzierung von Parteien und anderen politischen Akteuren nicht regelt. Wir können oft nur spekulieren, wer hinter den Kampagnen steckt, wie stark der finanzielle Einsatz von Unternehmen, Lobbys und Einzelpersonen ist. **Eine Demokratie ohne Transparenz ist eine halbe Demokratie.**

Trotzdem lehnen im Kanton Freiburg der Staatsrat und die rechtsbürgerliche Mehrheit im Grossen Rat die Initiative der Juso ab, welche genau diese Transparenz erreichen will.

Wir werden noch Gelegenheit haben, über die Initiative abzustimmen und diesen Entscheid zu korrigieren. Und inzwischen auch die nationale Transparenz-Initiative zu unterschreiben, die ein ähnliches Ziel verfolgt.

Hier: <https://wecollect.ch/de/campaign/transparenzinitiative/>



Bezahlbarer Wohnraum für Alle!!

Der Vorstand der SP 60+ Schweiz wird voraussichtlich am 8. März eine *Arbeitsgruppe Wohnen* einsetzen. Sie soll Grundlagen der schweizerischen Wohnungspolitik erarbeiten und sich dabei auf die Erfahrungen älterer Menschen stützen. Dabei geht es insbesondere um folgende Postulate:

- Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums für Alle
- Mehr Selbstbestimmung in Wohnfragen, vor allem für MieterInnen.
- Erleichterung des Zugangs älterer Menschen zu Hypotheken
- Berücksichtigung der Ansprüche von Menschen mit besonderen Bedürfnissen

Die Arbeitsgruppe soll längerfristige Visionen der Wohnungspolitik erarbeiten und Impulse zu aktuellen wohnungspolitischen Fragen entwerfen. Die Arbeitsgruppe steht allen interessierten Mitgliedern der SP60+ Schweiz offen. Interessiert?

Hier Mitglied von SP60+ werden



Ctrl Click